

JULIAN PHILIPP RAPP

Das Äquivalenzprinzip im Privatversicherungsrecht

*Freiburger
Rechtswissenschaftliche
Abhandlungen
22*

Mohr Siebeck

FREIBURGER RECHTSWISSENSCHAFTLICHE ABHANDLUNGEN

Herausgegeben von
der Rechtswissenschaftlichen Fakultät
der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Band 22



Julian Rapp

Das Äquivalenzprinzip im Privatversicherungsrecht

Mohr Siebeck

Julian Rapp, geboren 1988; Studium der Rechtswissenschaften in Freiburg; 2013 Erste Juristische Prüfung; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für deutsches und ausländisches Zivilprozessrecht, Abt. II, Universität Freiburg; 2015 Zweites Juristisches Staatsexamen; 2017 Master of Law (LL.M.), University of Cambridge (Trinity College); anwaltliche Tätigkeit in einer Revisionskanzlei am Bundesgerichtshof; 2018 Promotion; derzeit akademischer Rat a. Z. am Institut für deutsches und ausländisches Zivilprozessrecht, Abt. II, Universität Freiburg.

ISBN 978-3-16-156790-2 / eISBN 978-3-16-156791-9
DOI 10.1628/978-3-16-156791-9

ISSN 1864-3701 / eISSN 2569-393X (Freiburger Rechtswissenschaftliche Abhandlungen)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar. Zugleich Univ. Diss. Freiburg (2018)

© 2019 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Printed in Germany.

Nihil honestum esse potest, quod iustitia vacat.
Cicero, De officiis 1, 62, 3

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2018 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau als Dissertation angenommen. Das Manuskript wurde im Mai 2018 fertiggestellt, Rechtsprechung und Literatur konnten für die Drucklegung bis August 2018 berücksichtigt werden.

Mein besonderer Dank gilt meinem Doktorvater Professor Dr. Alexander Bruns, LL.M. (Duke Univ.), der mir nicht nur die Anregung für das vorliegende Thema gegeben hat, sondern mir während des Abfassens der Dissertation auch stets mit Rat und Tat zur Seite stand und mich bei allen Belangen rund um das Promotionsvorhaben unterstützt hat. Ihm ist es zu verdanken, dass mein vertieftes Interesse an der Rechtswissenschaft während meiner mehrjährigen Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für deutsches und ausländisches Zivilprozessrecht geweckt wurde.

Frau Professorin Dr. Katharina von Koppenfels-Spies danke ich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens, Herrn Professor Dr. Matthias Jestaedt und Herrn Professor Dr. Dr. h.c. mult. Michael Pawlik, LL.M. (Cantab.) für die Aufnahme in die Fakultätsschriftenreihe.

Zu erwähnen ist weiterhin die Studienstiftung des deutschen Volkes, welche das Promotionsvorhaben durch ein Stipendium finanziell unterstützt hat. Zum besonderen Dank verpflichtet bin ich auch der Johanna und Fritz Buch Gedächtnis-Stiftung in Hamburg, der Studienstiftung *ius vivum* und Herrn Professor Dr. Haimo Schack, LL.M. (Berkeley) sowie der Wissenschaftlichen Gesellschaft in Freiburg im Breisgau für die großzügige Gewährung eines Druckkostenzuschusses.

Zuletzt gilt mein tiefer Dank meinen Eltern Monika und Hermann Rapp und meiner Frau Ang, die immer an meiner Seite gestanden und mich bei der Fertigstellung dieser Arbeit in jeder nur erdenklichen Weise unterstützt haben. Ihnen ist dieses Buch gewidmet.

Frankfurt am Main, im Dezember 2018

Julian Philipp Rapp

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis.....	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XXV

Teil I: Allgemeine Grundlagen

<i>Kapitel 1: Prolegomena.....</i>	3
§ 1 Einleitung	3
§ 2 Gang der Untersuchung	6
 <i>Kapitel 2: Historische, verfassungsrechtliche und rechtsvergleichende Rahmenbedingungen</i>	 11
§ 1 Die historische Entwicklung des Äquivalenzgedankens im Privatversicherungsrecht	11
§ 2 Verfassungsrechtliche Präliminarien.....	41
§ 3 Rechtsvergleichender Überblick	48
 <i>Kapitel 3: Ausprägungsformen und Rechtfertigung vertraglicher Äquivalenz.....</i>	 61
§ 1 Vertragliche Äquivalenz als Ordnungsprinzip des Privatrechts.....	61
§ 2 Der Äquivalenzbegriff im Versicherungsvertrag.....	66
§ 3 Die Geltungserstreckung des Äquivalenzprinzips	80
§ 4 Äquivalenzorientierte Prämienkalkulation aus wirtschaftlicher und informationsökonomischer Sicht	98
§ 5 Zusammenfassung	107

Teil II: Die Konstituierung vertraglicher Äquivalenz

<i>Kapitel 4: Risikoäquivalenz als Strukturprinzip des Privatversicherungsrechts</i>	111
§ 1 Systemkohärenz zu privatversicherungsrechtlichen Grundwertungen	111
§ 2 Risikoäquivalenz als konstitutives Element des Versicherungsvertrags	134
§ 3 Zusammenfassung	147
 <i>Kapitel 5: Anforderungen an die Prämiengestaltung im System vertraglicher Äquivalenz</i>	149
§ 1 Äquivalenzorientierte Prämienkalkulation durch den Versicherer	149
§ 2 Optimierungspflichten des Versicherers?	168
§ 3 Zusammenfassung	173
 <i>Kapitel 6: Die Grenzen der Risikoäquivalenz</i>	175
§ 1 Die Beschränkung der Risikoklassifikation	176
§ 2 Die sozialpolitische Durchbrechung des Äquivalenzprinzips am Beispiel der PKV	250
§ 3 Zusammenfassung	261

Teil III: Die Restitution vertraglicher Äquivalenz

<i>Kapitel 7: Die Erhaltung der Risikoäquivalenz im Vertragsvollzug</i>	265
§ 1 Allgemeine Grundsätze	265
§ 2 Rechtsfolgen bei einer vorvertraglichen Anzeigepflichtverletzung	269
§ 3 Die Anpassung des Austauschverhältnisses bei Veränderung des individuellen Gefahrzustands	275
§ 4 Die Anpassung des Austauschverhältnisses bei Veränderung des kollektiven Gefahrzustands	311
§ 5 Zusammenfassung	355
 <i>Kapitel 8: Äquivalenzerhaltung bei der vertraglichen Rückabwicklung</i>	359
§ 1 Äquivalenz im Rückgewährschuldverhältnis	360
§ 2 Äquivalenz im nichtigen Vertrag	366

§ 3 Zusammenfassung	377
<i>Kapitel 9: Die Justiziabilität des Äquivalenzverhältnisses</i>	<i>379</i>
§ 1 Zivilrechtliche Kontrollmaßstäbe vertraglicher Äquivalenz	380
§ 2 Aufsichtsrechtliche Remedien zur Äquivalenzkontrolle.....	397
§ 3 Zusammenfassung	407

Teil IV: Epilog

<i>Kapitel 10: Epilegomena</i>	<i>411</i>
§ 1 Zusammenfassung der gefundenen Ergebnisse	411
§ 2 Ausblick	418
Literaturverzeichnis.....	421
Sachregister	443

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXV
-----------------------------	-----

Teil I: Allgemeine Grundlagen

Kapitel 1: Prolegomena	3
§ 1 Einleitung	3
§ 2 Gang der Untersuchung	6

Kapitel 2: Historische, verfassungsrechtliche und rechtsvergleichende Rahmenbedingungen	11
--	----

§ 1 Die historische Entwicklung des Äquivalenzgedankens im Privatversicherungsrecht	11
I. Frühe Erscheinungsformen des Versicherungsgedankens in Europa	11
II. Die Etablierung des Versicherungsbetriebs auf erwerbswirtschaftlicher Grundlage	15
1. Wissenschaftliche und kulturelle Rahmenbedingungen	16
2. Die Etablierung der modernen Lebensversicherungstechnik	18
3. Das Erstarren der Assekuranz als Wirtschaftszweig	20
III. Institutionalisierungstendenzen im Zeitalter der Industrialisierung	22
1. Die Bedeutung der Reichshaftpflichtversicherung	23
2. Die Konsolidierung der Personenversicherungen im 19. Jahrhundert	24
3. Der Einfluss des Verbandswesens	26
IV. Der Eintritt in die Moderne	27
1. Die Installation einer materiellen Versicherungsaufsicht	27
2. Die wissenschaftliche Rezeption des Äquivalenzgedankens im 20. Jahrhundert	31
3. Weitere Entwicklungen in einzelnen Versicherungszweigen	32
V. Entwicklungslinien im Nationalsozialismus	35
VI. Die Etablierung des Äquivalenzgedankens in der Bundesrepublik	37

VII. Zusammenfassung der rechtshistorischen Exegese.....	40
§ 2 <i>Verfassungsrechtliche Präliminarien</i>	41
I. Der Schutz des Äquivalenzprinzips im Grundgesetz	42
II. Die verfassungsrechtliche Rechtfertigung der legislatorischen Ausgestaltung des Äquivalenzprinzips.....	44
III. Ergebnis der verfassungsrechtlichen Untersuchung.....	47
§ 3 <i>Rechtsvergleichender Überblick</i>	48
I. Vereinigte Staaten von Amerika	48
1. Stand und Struktur des Privatversicherungsrechts	48
2. Bedeutung des versicherungstechnischen Äquivalenzprinzips.....	50
II. Vereinigtes Königreich	55
1. Stand und Struktur des Privatversicherungsrechts	55
2. Bedeutung des versicherungstechnischen Äquivalenzprinzips.....	56
III. Rechtsvergleichende Bewertung	59
Kapitel 3: Ausprägungsformen und Rechtfertigung vertraglicher Äquivalenz.....	61
§ 1 <i>Vertragliche Äquivalenz als Ordnungsprinzip des Privatrechts</i>	61
I. Zur Bedeutung der Vertragsgerechtigkeit im Zivilrecht	62
II. Objektive Äquivalenz als Ordnungsprinzip.....	65
§ 2 <i>Der Äquivalenzbegriff im Versicherungsvertrag</i>	66
I. Versicherung und aleatorisches Synallagma.....	66
II. Zur juristischen Definition des Risikos im Privatversicherungsrecht.....	67
III. Die Deutungsvarianz des Äquivalenzbegriffs.....	70
IV. Individuelle Leistungsäquivalenz	71
1. Juristischer Definitionsansatz.....	71
a. Zwei Deutungsdimensionen des Äquivalenzbegriffs	71
b. Theoretische Verortung im Konstruktionsprozess der Versicherung.....	73
c. Bewertung.....	74
2. Versicherungsmathematischer und -wirtschaftlicher Begründungsansatz	75
V. Das kollektive Äquivalenzprinzip	77
1. Marktwirtschaftliche Bedeutung	77
2. Äquivalenz und Spartenrennung	78
§ 3 <i>Die Geltungserstreckung des Äquivalenzprinzips</i>	80
I. Zur Funktionalität des Risikotransfers im Privatversicherungsrecht	80

1. Versicherungsmathematische Präliminarien	81
2. Die Bedeutung des versicherungstechnischen Risikos	82
a. Komponenten des versicherungstechnischen Risikos	83
b. Folgerungen für das Äquivalenzprinzip	85
3. Struktureller Aufbau der Versicherungsprämie	87
a. Modelltheoretischer Aufbau	87
b. Folgerungen für das Äquivalenzprinzip	89
II. Der intertemporale Ausgleich im Kollektiv	90
1. Der mehrperiodische Ausgleich im Kollektiv	90
2. Die Glättungsfunktion von versicherungstechnischen Rückstellungen	91
3. Beispiel: die intertemporale Dimension des Äquivalenzprinzips in der Lebens- und Krankenversicherung	94
a. Risikolebensversicherung	94
b. Substitutive Krankenversicherung	95
§ 4 Äquivalenzorientierte Prämienkalkulation aus wirtschaftlicher und informationsökonomischer Sicht	98
I. Gründe für die Erhebung risikogerechter Prämien	98
1. Betriebswirtschaftliche Aspekte	98
2. Volkswirtschaftliche Aspekte	100
3. Kritik und Antikritik	102
II. Risikoproportionalität aus informationsökonomischer Sicht	103
1. Informationsasymmetrien auf Versicherungsmärkten	103
2. Konsequenzen für die Ausgestaltung des Versicherungsvertragsrechts	106
§ 5 Zusammenfassung	107

Teil II: Die Konstituierung vertraglicher Äquivalenz

Kapitel 4: Risikoäquivalenz als Strukturprinzip des Privatversicherungsrechts

§ 1 Systemkohärenz zu privatversicherungsrechtlichen Grundwertungen ..	111
I. Das Prinzip der Gefahrengemeinschaft im Privatversicherungsrecht ...	112
1. Ein Konstruktionsprinzip der Privatversicherung?	112
2. Fehlende normative Verankerung von Drittinteressen	114
II. Privatrechtliche Gleichbehandlungspflichten	116
1. Erscheinungsformen eines allgemeinen Gleichbehandlungsgrundsatzes	117
a. Normative Einhegung	117

aa. Gleichbehandlung als aufsichtsrechtliche Pflicht?.....	117
(1) § 138 Abs. 2 VAG	117
(2) § 177 Abs. 1 VAG	120
(3) § 48b Abs. 1 VAG	121
bb. Gleichbehandlung als zivilrechtlicher Anspruch?	123
(1) Gleichbehandlungspflichten im Privatrecht	123
(2) Strukturelle Besonderheiten des Versicherungsvertrags...	124
b. Folgerungen für das versicherungstechnische	
Äquivalenzprinzip	126
2. Gleichbehandlung und Risikoäquivalenz bei Rechtsänderungen	127
III. Versicherungsrechtliches Bereicherungsverbot als sekundäre	
Schranke vertraglicher Austauschgerechtigkeit?	130
1. Die Existenz eines allgemeinen Bereicherungsverbots	130
2. Folgerungen für die Geltung des Äquivalenzprinzips.....	133
§ 2 <i>Risikoäquivalenz als konstitutives Element des</i>	
<i>Versicherungsvertrags</i>	134
I. Notwendige Kriterien für die Versicherbarkeit von Einzelrisiken	136
II. Technik der Risikostreuung bei unwägbarer Risikolage.....	137
1. Die kautelarjuristische Ausgestaltung von AVB.....	138
2. Alternative Risikoausgleichsstrukturen	138
III. Risikoorientierte Besonderheiten spezieller Versicherungen.....	140
1. Die Versicherbarkeit von Kunstwerken.....	140
2. Die Versicherbarkeit von Elementarrisiken	141
3. Die Versicherbarkeit von Pharmarisiken	142
4. Die Versicherbarkeit von Terrorrisiken	146
§ 3 <i>Zusammenfassung</i>	147
Kapitel 5: Anforderungen an die Prämiengestaltung	
im System vertraglicher Äquivalenz	149
§ 1 <i>Äquivalenzorientierte Prämienkalkulation durch den Versicherer</i>	149
I. Die Bedeutung von Risikomerkmale	150
1. Anforderungen an den Risikozusammenhang.....	150
2. Einschätzungsprärogative des Versicherers.....	153
3. Die konstitutive Bedeutung von Statistiken	155
a. Die Informationsbezogenheit des Versicherungsgeschäfts	155
b. Die kartellrechtliche Zulässigkeit von Gemeinschaftsstatistiken .	157
II. Die Bestimmung der Tarifstruktur	159
1. Die Tarifierungsentscheidung des Versicherers.....	159
2. Wirtschaftlicher Grenznutzen des <i>profiling</i>	160

3. Neuere Entwicklungsimpulse	161
III. Die rechtliche Kontrolle der Kalkulations- und Tarifierungsentscheidung des Versicherers	164
1. Vorgaben zur Tarifkalkulation	164
2. Die Rechtsqualität versicherungsmathematischer Grundsätze	166
3. Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen versicherungsmathematische Grundsätze	166
§ 2 <i>Optimierungspflichten des Versicherers?</i>	168
I. Keine Optimierungspflicht aus der Struktur des Versicherungsvertrags	169
II. Keine prozessuale Realisierung möglicher Optimierungsansprüche	171
§ 3 <i>Zusammenfassung</i>	173
 Kapitel 6: Die Grenzen der Risikoäquivalenz	175
§ 1 <i>Die Beschränkung der Risikoklassifikation</i>	176
I. Unzulässige Informationserhebung des Versicherers als Schranke der Risikoäquivalenz	176
1. Der Umfang risikobezogener Informationserhebung bei Vertragsschluss	176
2. Informationsinteresse des Versicherers und Datenschutz	178
a. Grenzen der Informationsbeschaffung beim Versicherungsnehmer	179
b. Grenzen der Informationsbeschaffung bei Dritten	182
c. Grenzen des Informationsaustausches zwischen Versicherern	184
II. Gleichheitswidrige Differenzierungskriterien	185
1. Generell unzulässige Risikokriterien	186
a. Das Verbot der Verwertung genetischer Information	186
aa. Der Schutz des Rechts auf Nichtwissen genetischer Information in Deutschland	187
(1) Grundsätzliches Verwertungsverbot	189
(2) Die Öffnungsklausel des § 18 Abs. 1 S. 2 GenDG	191
(3) Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen § 18 GenDG	193
bb. Rechtsvergleichende Bewertung	194
(1) Vereinigte Staaten	194
(2) Vereinigtes Königreich	196
(3) Zwischenfazit zum Rechtsvergleich	198
b. Das Verbot der Geschlechterdifferenzierung	200
aa. Die <i>Test-Achats</i> -Entscheidung des EuGH	200
bb. Kritische Würdigung	201
(1) Das biologische Geschlecht als <i>proxy</i> -Kriterium	203

(2) Die Validität des Risikomerkmals Geschlecht	205
cc. Rechtsvergleichende Bestandsaufnahme	207
(1) Vereinigte Staaten	207
(2) Vereinigtes Königreich.....	209
(3) Zwischenfazit zum Rechtsvergleich.....	210
c. Das Verbot der Berücksichtigung von Rasse und ethnischer Herkunft	211
aa. Ausgestaltung im AGG	211
bb. Rechtsvergleichende Bestandsaufnahme.....	211
(1) Vereinigte Staaten	211
(2) Im Besonderen: Verbot des <i>redlining</i> durch Versicherungsunternehmen?	212
(3) Vereinigtes Königreich.....	215
(4) Zwischenfazit zum Rechtsvergleich.....	216
d. Sonderfall: Die Berücksichtigung der Staatsangehörigkeit.....	216
aa. Die Bedeutung der Staatsangehörigkeit als Tarifizierungsmerkmal	216
bb. Rechtsvergleichende Bestandsaufnahme.....	220
(1) Vereinigte Staaten	220
(2) Vereinigtes Königreich.....	220
(3) Zwischenfazit zum Rechtsvergleich.....	221
2. Eingeschränkt zulässige Risikokriterien	221
a. Die Berücksichtigung des Alters bei der Tarifikalkulation	222
aa. Das Verbot der Altersdiskriminierung im Unions- und nationalen Recht.....	222
bb. Rechtsvergleichende Bestandsaufnahme.....	224
(1) Vereinigte Staaten	224
(2) Vereinigtes Königreich.....	225
(3) Zwischenfazit zum Rechtsvergleich.....	226
b. Die Berücksichtigung einer Behinderung bei der Tarifikalkulation	227
aa. Diskriminierungsschutz wegen einer Behinderung.....	227
bb. Rechtsvergleichende Bestandsaufnahme.....	230
(1) Vereinigte Staaten	230
(2) Vereinigtes Königreich.....	233
(3) Zwischenfazit zum Rechtsvergleich.....	233
c. Die Berücksichtigung der sexuellen Identität bei der Tarifikalkulation	234
aa. Diskriminierungsschutz wegen der sexuellen Identität.....	234
bb. Rechtsvergleichende Bestandsaufnahme.....	236
(1) Vereinigte Staaten	236
(2) Vereinigtes Königreich.....	237
(3) Zwischenfazit zum Rechtsvergleich.....	237

d. Die Berücksichtigung der Religion bei der Tarifikalkulation	237
e. Die Berücksichtigung von Vorerkrankungen bei der Risikodifferenzierung	238
aa. Krankheit und Diskriminierungsschutz	238
bb. Rechtsvergleichende Bestandsaufnahme.....	240
(1) Vereinigte Staaten	240
(2) Vereinigtes Königreich.....	241
(3) Zwischenfazit zum Rechtsvergleich.....	242
3. Generell zulässige Risikokriterien.....	243
4. Bewertung der Zulässigkeit von Tarifierungsmerkmalen	244
III. Statistische Diskriminierung als Schranke der Risikoäquivalenz?	245
IV. Rechtsschutz gegen fehlerhafte Differenzierung	247
1. Prozessuale Ausgangssituation.....	247
2. Rechtsfolgenregime	248
§ 2 Die sozialpolitische Durchbrechung des Äquivalenzprinzips am Beispiel der PKV	250
I. Der Basistarif in der substitutiven Krankenversicherung.....	250
1. Dogmatische Systembrüche im Recht der PKV.....	251
2. Würdigung	254
II. Der Notlagentarif in der substitutiven Krankenversicherung	256
III. Die private Pflegeversicherung gem. § 23 Abs. 1 SGB XI	258
§ 3 Zusammenfassung.....	261

Teil III: Die Restitution vertraglicher Äquivalenz

Kapitel 7: Die Erhaltung der Risikoäquivalenz im Vertragsvollzug	265
§ 1 Allgemeine Grundsätze	265
I. Das Äquivalenzprinzip als Instrument zur Restitution funktionaler Äquivalenz.....	265
II. Das Symmetriegebot vertraglicher Anpassungs- und Lösungsrechte als Ausfluss des Äquivalenzgedankens.....	266
§ 2 Rechtsfolgen bei einer vorvertraglichen Anzeigepflichtverletzung	269
I. Äquivalenzorientierte Rechtsfolgen einer Prämienanpassung durch den Versicherer	270
II. Kündigungsrecht des Versicherungsnehmers gem. § 19 Abs. 6 VVG	274

§ 3 Die Anpassung des Austauschverhältnisses bei Veränderung des individuellen Gefahrzustands.....	275
I. Gefahrerhöhung und -minderung als Remedien struktureller Vertragsanpassung	275
1. Funktion und Begriff der Gefahrerhöhung	276
a. Gegenstand der Gefahrerhöhung	278
aa. Das Erfordernis individueller Betroffenheit	279
bb. Anforderungen an die Erheblichkeit	281
cc. Anforderungen an die Dauerhaftigkeit	284
dd. Mitversicherung kraft Verkehrsüblichkeit gem. § 27 VVG... ..	286
ee. Kompensationswirkungen	287
ff. Zwischenfazit	288
b. Wahrscheinlichkeitsmaßstäbe für den Eintritt des gefahrerhöhenden Umstands.....	289
c. Abgrenzung und Konkurrenz zu § 19 VVG.....	290
2. Äquivalenzorientiertes Rechtsfolgenregime	292
a. Die Befugnis zur Erhöhung der Versicherungsprämie	293
b. Einhegung eines Risikoausschlusses	295
c. Verschuldensorientiertes Leistungskürzungsrecht	296
3. Prämienherabsetzung gem. § 41 VVG.....	297
II. Äquivalenzbezogene Besonderheiten in der Schadensversicherung	299
1. Überversicherung gem. § 74 VVG	299
2. Unterversicherung gem. § 75 VVG	301
3. Wegfall des versicherten Interesses gem. § 80 VVG	302
III. Die temporale Risikoanpassung anhand des individuellen Schadensverlaufs	303
1. Theoretische Einkleidung: subjektives Risiko und <i>moral hazard</i>	304
2. Die Erfahrungstarifizierung (<i>experience rating</i>).....	305
a. Funktion.....	305
b. Dogmatische Einordnung und Zulässigkeit	307
c. Beispiel: die Konturierung und Portabilität des individuellen Schadensverlaufs in der Kfz-Versicherung	307
3. Beitragsrückerstattung aufgrund des individuellen Schadensverlaufs	309
§ 4 Die Anpassung des Austauschverhältnisses bei Veränderung des kollektiven Gefahrzustands.....	311
I. Prämien- und Bedingungsanpassungsklauseln als Remedien zur Restitution vertraglicher Äquivalenz.....	311
1. Bedeutungsgehalt und Legitimation	311
a. Äquivalenzrestitution, Leistungsgegenstand und Änderungsrisiko	311

b. Gesetzliche Ausgangslage im bürgerlichen Recht	313
2. Vertragliche Anpassungsrechte	314
a. Vertragliche Prämienanpassungsbefugnisse	315
aa. Tatbestandsvoraussetzungen	315
(1) Keine unzureichende Ausgangskalkulation.....	315
(2) Erheblichkeit der Äquivalenzstörung.....	317
(3) Steigende Verwaltungskosten	317
bb. Rechtsfolgenregime der Vertragsanpassung.....	318
(1) Anpassungsmaßstab	319
(2) Anpassungsbefugnisse <i>de minimis</i>	320
(3) Neufestsetzung des vertraglichen Leistungsverhältnisses	322
(4) Pflicht zur Neustrukturierung der	
Versichertenkollektive?.....	324
b. Justiziabilität von vertraglichen Prämienanpassungsklauseln.....	325
aa. Allgemeine Anforderungen	325
bb. Die Bedeutung des Symmetriegebots.....	326
c. Die Ersetzung unwirksamer Bedingungen.....	328
3. Gesetzliche Anpassungsrechte in der Lebens- und	
Krankenversicherung	330
a. Prämienanpassungsklauseln	330
aa. Lebensversicherung	331
(1) Tatbestandsvoraussetzungen.....	331
(2) Keine Vorhersehbarkeit des Änderungsbedarfs	334
(3) Äquivalenzsichernde Rechtsfolgen	335
bb. Krankenversicherung	336
(1) Tatbestandsvoraussetzungen.....	336
(2) Aktuarielle Prüfpflichten	338
b. Bedingungsanpassungsbefugnisse.....	338
aa. Bedingungsanpassungsrecht gem. § 164 (176) VVG	
und §§ 203 Abs. 4, 164 VVG	338
bb. Bedingungsanpassungsrecht gem. § 203 Abs. 3 VVG.....	341
cc. Konkurrenz zwischen § 203 Abs. 2 und Abs. 3 VVG.....	344
c. Justiziabilität von gesetzlichen Prämien- und	
Bedingungsanpassungsbefugnissen.....	345
II. Die Bedeutung der Überschussbeteiligung am Beispiel	
der Lebens- und Krankenversicherung	347
1. Lebensversicherung	349
a. Die Zuordnung der erwirtschafteten Überschüsse	
gem. § 153 Abs. 2 VVG.....	350
b. Die Zuordnung der Bewertungsreserven	352
c. Bewertung.....	353
2. Krankenversicherung	353
a. Das Zuteilungsverfahren	353

b. Bewertung	355
§ 5 Zusammenfassung.....	355
Kapitel 8: Äquivalenzerhaltung bei der vertraglichen Rückabwicklung.....	359
§ 1 Äquivalenz im Rückgewährschuldverhältnis	360
I. Das Leistungsgefüge bei einer vorvertraglichen Anzeigepflichtverletzung	360
II. Leistungspflichten bei fehlender Invollzugsetzung des Vertrags	362
III. Leistungspflichten nach erfolgtem Widerruf gem. § 8 VVG	364
§ 2 Äquivalenz im nichtigen Vertrag.....	366
I. Die bereicherungsrechtliche Rückabwicklung gem. §§ 812 ff. BGB ...	367
1. Gesetzliche Ausgangslage	367
2. Kein Wertersatz für faktisch erlangten Versicherungsschutz	369
II. Jüngere Entwicklungen in der Rechtsprechung	370
1. Die Rechtsprechung zu § 5a VVG a.F.....	370
2. Bewertung.....	372
III. Verallgemeinerungsfähigkeit dieses Gedankens – die Lehre vom fehlerhaften Versicherungsverhältnis	373
1. Vertragsbeendigung durch den Versicherungsnehmer	374
2. Vertragsbeendigung durch den Versicherer	375
3. Sonstige Beendigungsgründe	376
4. Anerkennung des fehlerhaften Versicherungsverhältnisses	376
§ 3 Zusammenfassung.....	377
Kapitel 9: Die Justiziabilität des Äquivalenzverhältnisses.....	379
§ 1 Zivilrechtliche Kontrollmaßstäbe vertraglicher Äquivalenz.....	380
I. Allgemeine Maßstäbe – § 138 BGB	380
1. Prüfungsmaßstäbe zur Bestimmung der Sittenwidrigkeit	380
2. Rechtsfolgen	382
II. Die äquivalenzorientierte Kontrolle von AVB	383
1. Versicherung als Rechtsprodukt.....	384
a. Die konstitutive Wirkung von AVB	384
aa. Konsequenzen aus dem Kurationsprozess der Versicherung..	386
bb. Konsequenzen aus der normativen Regelungsdichte des VVG.....	387
b. Folgerungen für die Klauselkontrolle.....	388

aa. Enge Definition des kontrollfreien Kernbereichs.....	388
bb. Konsequenzen für die Vertragsdurchführung.....	392
c. Vereinbarkeit mit der europarechtlichen Präformierung der Klauselkontrolle.....	393
§ 2 <i>Aufsichtsrechtliche Remedien zur Äquivalenzkontrolle</i>	397
I. Zwecke der Versicherungsaufsicht.....	398
1. Gesetzliche Ausgangslage.....	398
2. Individualschützende Kontrollmaßstäbe der Versicherungsaufsicht?	400
II. Das Vorliegen einzelner äquivalenzbezogener Missstände.....	404
1. Verstöße gegen gesetzliche Vorgaben zur Tarifikalkulation.....	404
2. Prämienüberhöhung oder -unterschreitung	404
3. Überschussbeteiligung in der Lebens- und Krankenversicherung....	404
4. Bestandsübertragungen gem. § 13 VAG.....	405
III. Rechtsfolgenregime	406
§ 3 <i>Zusammenfassung</i>	407

Teil IV: Epilog

Kapitel 10: Epilegomena.....	411
§ 1 <i>Zusammenfassung der gefundenen Ergebnisse</i>	411
§ 2 <i>Ausblick</i>	418
Literaturverzeichnis.....	421
Sachregister.....	443

Abkürzungsverzeichnis

ABGB	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch für die gesamten deutschen Erbländer der Österreichischen Monarchie vom 1. Juni 1811 mit nachfolgenden Änderungen
ABI	Association of British Insurers
ABl. (EU/EG)	Amtsblatt (der Europäischen Union/Gemeinschaften)
AERB	Allgemeine Bedingungen für die Einbruchdiebstahl- und Raubversicherung
AFB	Allgemeine Versicherungsbedingungen für die Feuerversicherung
AHB	Allgemeine Versicherungsbedingungen für die Haftpflichtversicherung
AKB	Allgemeine Versicherungsbedingungen für die Kfz-Versicherung
All.E.R.	All England Law Reports
Alta.L.Rev.	Alberta Law Review
AMG-Pharma-ProdH	Besondere Bedingungen und Risikobeschreibungen für die Versicherung der Produkt-Haftpflicht (Inland) pharmazeutischer Unternehmer
Ann.	Annotated
App Cas	Law Reports Appeal Cases (1875–1890)
Appleman on Insurance	New Appleman on Insurance Law Library Edition (gen. ed. by <i>Jeffrey Thomas</i>)
ARB	Allgemeine Versicherungsbedingungen für die Rechtsschutzversicherung
AStB	Allgemeine Versicherungsbedingungen für die Sturmversicherung
ATB	Allgemeine Versicherungsbedingungen für die Terrorversicherung
AWB	Allgemeine Versicherungsbedingungen für die Leitungswasserversicherung
A.2d	Atlantic Reporter (second series)
BB	Besondere Bedingungen / Betriebs-Berater
BdV	Bund der Versicherten e.V.
BGG	Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen (Behindertengleichstellungsgesetz) vom 27. April 2002 mit nachfolgenden Änderungen
BHV	Betriebs- und Berufshaftpflichtversicherung
Bos and Pul (N.R.)	Bosanquet's and Puller's New Reports, Common Pleas
BU(Z)	Berufsunfähigkeits(-Zusatz)versicherung

C.F.R.	Code of Federal Regulations
c.i.c.	culpa in contrahendo
ch.	chapter / chapters
CMGI	Concordat and Moratorium on Genetics and Insurance
Comp.	Compiled
Cong.	Congress
Cong. Rec.	Congressional Record
Conn.	Connecticut Reports
Conn.Ins.L.J.	Connecticut Insurance Law Journal
Cornell L.Rev.	Cornell Law Review
Cowp	Cowper's King's Bench Reports
DeckRV	Verordnung über Rechnungsgrundlagen für die Deckungsrückstellungen (Deckungsrückstellungsverordnung) vom 18. April 2016 mit nachfolgenden Änderungen
DIN	Deutsches Institut für Normung e. V.
ed.	edition / editor
Eng.Rep.	English Reports (1220–1866)
et al.	et alii
et seq(q).	et sequens / sequentia (f./ff.)
EuGrCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union (2007/C 303/01) vom 12. Dezember 2007
Fed. Reg.	Federal Register
F.Supp.	Federal Supplement
F.3d	Federal Reporter (third series)
GAIC	Genetics and Insurance Committee
GDV	Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft e.V.
gen.	general
GKV	gesetzliche Krankenversicherung
H.R.	House of Representatives
H.R. Rep.	House of Representatives (House Report)
ILCS	Illinois Compiled Statutes
Ins.	Insurance
J.Prim.Prev.	Journal of Primary Prevention
K.B.	Law Reports, King's Bench
KaV	Verordnung über die versicherungsmathematischen Methoden zur Prämienkalkulation und zur Berechnung der Altersrückstellung in der privaten Krankenversicherung vom 18. November 1996 (Kalkulationsverordnung) in der jeweils geltenden Fassung, außer Kraft seit dem 1. Januar 2016
KassKomm	Kasseler Kommentar zum Sozialversicherungsrecht
KLV	Kapitalbildende Lebensversicherung
KV	Krankenversicherung
KVAV	Verordnung betreffend die Aufsicht über die Geschäftstätigkeit in der privaten Krankenversicherung vom 18. April 2016 (Krankenversicherungsaufsichtsverordnung)
LI.LR	Lloyds maritime and commercial law quarterly
Lloyd's Rep	Lloyd's Law Reports
LR Eq	Law Reports Equity Cases
LT	Law Times Report

Mass.	Massachusetts Report
MB	Musterbedingungen
MB/KK	Musterbedingungen für die Krankheitskosten und die Krankenhaustagegeldversicherung
Md.	Maryland Reports
Mich. App.	Michigan Appeals Reports
MindZV	Verordnung über die Mindestbeitragsrückerstattung in der Lebensversicherung vom 16. April 2016 (Mindestzuführungsverordnung)
Mont.	Montana Reports
MünchKommBGB	Münchener Kommentar zum BGB
MünchKommVVG	Münchener Kommentar zum VVG
MünchKommHGB	Münchener Kommentar zum HGB
NAIC	National Association of Insurance Commissioners
Neb.L.Rev.	Nebraska Law Review
N.E.2d	North Eastern Reporter (second series)
N.W.2d	North Western Reporter (second series)
Ohio St.L.J.	Ohio State Law Journal
p./pp.	page(s)
Pa. Comm.	Pennsylvania Commonwealth Court Reports
PHV	Allgemeine Versicherungsbedingungen für die Privathaftpflichtversicherung
PKV	private Krankenversicherung
PPACA	Patient Protection and Affordable Care Act
pt.	part(s)
Pub.L.	Public Law
P.2d	Pacific Reporter (second series)
Q.B.	Law Reports, Queen's Bench
rev.	revised
RfB	Rückstellung(en) für Beitragsrückerstattung
RL 2000/43/EG	Richtlinie 2000/43/EG des Rates vom 29. Juni 2000 zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft, ABl. Nr. L 180 S. 22
RL 2000/78/EG	Richtlinie 2000/78/EG des Rates vom 27. November 2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf, ABl. Nr. L 303 S. 16
RL 2002/65/EG	Richtlinie 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. September 2002 über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen an Verbraucher und zur Änderung der Richtlinie 90/619/EWG des Rates und der Richtlinien 97/7/EG und 98/27/EG, ABl. Nr. L 271 S. 16, mit nachfolgenden Änderungen
RL 2004/113/EG	Richtlinie 2004/113/EG des Rates vom 13. Dezember 2004 zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen beim Zugang zu und bei der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, ABl. Nr. L 373 S. 37

RL 2009/138/EG	Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (Solvabilität II), ABl. Nr. L 335 S. 1, ber. 2014 Nr. L 219 S. 66, mit nachfolgenden Änderungen
RL 92/49/EWG	Richtlinie 92/49/EWG des Rates vom 18. Juni 1992 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Direktversicherung (mit Ausnahme der Lebensversicherung) sowie zur Änderung der Richtlinien 73/239/EWG und 88/357/EWG (Dritte Richtlinie Schadenversicherung), ABl. Nr. L 228 S. 1, außer Kraft seit dem 1. Januar 2016
RL 92/96/EWG	Richtlinie 92/96/EWG des Rates vom 10. November 1992 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Direktversicherung (Lebensversicherung) sowie zur Änderung der Richtlinien 79/267/EWG und 90/619/EWG (Dritte Richtlinie Lebensversicherung), ABl. Nr. L 360 S. 1, außer Kraft seit dem 5. November 2002
RL 93/13/EWG	Richtlinie 93/13/EWG des Rates vom 5. April 1993 über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen, ABl. Nr. L 95 S. 29, mit nachfolgenden Änderungen
S.Cal.L.Rev.	Southern California Law Review
S.Ct.	Supreme Court Reporter
sec.	section
SF	Schadensfreiheitsrabatt
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes und des Gerichts Erster Instanz
So.2d	Southern Reporter (second series)
Stat.	Statutes(s)
subd.	subdivision
U.Mich.J.L.Ref.	University of Michigan Journal of Law Reform
U.S.	United States Reports
U.S.C.	United States Code
Va.L.Rev.	Virginia Law Review
VAG	Gesetz über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen vom 1. April 2015 mit nachfolgenden Änderungen
VAG 1901	Gesetz über die privaten Versicherungsunternehmungen vom 12. Mai 1901
VAG 1992	Gesetz über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1992
VAG 1994	Gesetz über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1992, zuletzt geändert durch Art. 1 Drittes Durchführungsgesetz/EWG zum VAG vom 21. Juli 1994
VDE	Verband der Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik e.V.
VDI	Verein Deutscher Ingenieure e.V.
VerAfP	Veröffentlichung des Reichsaufsichtsamtes für die Privatversicherung

VersRechV	Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (Versicherungsunternehmens-Rechnungslegungsverordnung) vom 8. November 1994 mit nachfolgenden Änderungen
VGB	Allgemeine Wohngebäude-Versicherungsbedingungen
VHB	Allgemeine Hausrat-Versicherungsbedingungen
VN	Versicherungsnehmer (sing./pl.)
VO 267/2010/EU	Verordnung (EU) Nr. 267/2010 der Kommission vom 24. März 2010 über die Anwendung von Art. 101 Abs. 3 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf Gruppen von Vereinbarungen, Beschlüssen und aufeinander abgestimmten Verhaltensweisen im Versicherungssektor, ABl. (EU) L 83 vom 30. März 2010 S. 1, mit nachfolgenden Änderungen
VO 785/2004/EG	Verordnung (EG) Nr. 785/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Versicherungsanforderungen an Luftfahrtunternehmen und Luftfahrzeugbetreiber, ABl. (EG) Nr. L 138 vom 30. April 2004, S. 1
Vol.	Volume
VR	Versicherer (sing./pl.)
VR-HB	Versicherungsrechts-Handbuch
VVaG	Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
VVG	Gesetz über den Versicherungsvertrag vom 23. November 2007 mit nachfolgenden Änderungen
VVG 1908	Gesetz über den Versicherungsvertrag vom 30. Mai 1908
VVG 1994	Gesetz über den Versicherungsvertrag vom 30. Mai 1908 in der Fassung der Änderung durch das 3. Durchführungsgesetz/EWG zum VAG vom 21. Juli 1994
VZR	Verkehrszentralregister
Wis.2d	Callaghan's Wisconsin Reports (second series)
Wn.2d	Washington Reports (second series)

Für weiter verwendete, hier nicht nachgewiesene juristische Abkürzungen wird auf *Kirchner*, Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache, 9. Aufl., Berlin 2015, verwiesen.